

Politik mit Augenmass statt Kollektivstrafen und Sippenhaft

So wie die aktuelle Reitschul-Debatte geführt wird, schiesst sie am Ziel vorbei. Anstatt blindwütiger Masslosigkeit auf Reitschule-Dach, Strasse, Medien, Parteistammtischen und Gemeinderatssitzungszimmern sollte endlich verantwortungsvolle und konstruktive Politik gemacht werden. Auch und endlich in der Polizeipolitik.

Nachdem sich am Samstag Vermummte und die Polizei neben und vor der Reitschule eine halbe Stunde lang Barrikadenkämpfe geliefert haben, nimmt die vorwahlkampfbedingte Masslosigkeit von Seiten Politik und Medien ein fragwürdiges Ausmass an.

Dabei spielt allen voran der Berner Gemeinderat eine unrühmliche Rolle. Anstatt in Ruhe die beteiligten Parteien anzuhören, den Sachverhalt, die Verantwortlichkeiten zu klären und eine seriöse Schlussfolgerung zu ziehen, greift die medial unter Druck geratene Stadtregierung lieber zum populistischen Vorschlaghammer, spielt Staatsanwalt, Richter und Henker in Personalunion und erlässt Sanktionen, mit denen die Reitschule - notabene ohne Sachverhaltsabklärung und Schuldbeweis - nicht nur „bestraft“, sondern vielmehr (finanziell) erpresst werden soll. Mensch muss nicht der Pate gesehen haben („Ich mache ihm ein Angebot, dass er nicht ablehnen kann“), um bei diesen Methoden stutzig zu werden.

Hinzu kommt, dass zwei Gemeinderäte dabei noch ihre eigenen Spiele spielen: Alexandre Schmidt mit seiner fragwürdigen Betreibungs- und Mietvertragskündigungsandrohung aus dem Nichts und Reto Nause, der bereits im Vorfeld Desinformation betrieben hat und nun der Reitschule erneut seine realitätsfremden Vorstellungen „seiner“ Reitschule-Security aufzwingen will.

Dabei greift Gemeinderat Reto Nause mit der aktuellen Reitschule-Security ausgerechnet jene Gruppierung an, die am umstrittenen Samstagabend professionell und vernünftig gehandelt hat, in dem sie die Sicherheit der Reitschule-Gäste und -Arbeitenden gewährleistete und für von Gummigeschossen, Tränengas und Pfefferspray verletzte Unbeteiligte Erste Hilfe leistete. Wie diese auch noch die Sicherheit der Polizist_innen hätte gewährleisten sollen, ist uns schleierhaft.

Die Kantonspolizei ist parteiisch und voreingenommen und kein Teil der Lösung

Das Verhältnis Reitschule - Polizei ist seit Jahrzehnten schlecht. Zum einen aus historischen Gründen, die bis in die AJZ-Jugendunruhen der frühen 1980er und darüber hinaus zurückreichen, zum anderen aufgrund der Folgen der repressiven Drogenpolitik und der quasi nicht existierenden bürger_innennahen Polizeipolitik der letzten Jahrzehnte.

Seit der rotgrüne Gemeinderat 1998 mit der "Aktion Citro" Teile der Deal-Szene durch die Stadtpolizei aus der Innenstadt auf die Schützenmatte vertrieb, verlagerten sich auch die Polizeiübergriffe gegen „mutmassliche Dealer“ dorthin. Sei es auf der Schützenmatte, dem Vorplatz oder in der Reitschule. Das stiess in der Reitschule nicht gerade auf Begeisterung, zumal auch Reitschüler_innen angegangen wurden und legte den Grundstein für den bis heute andauernden

Konflikt. (Vorher war Polizeipräsenz im Alltag auf der Schützenmatte quasi nicht vorhanden und dementsprechende Konflikte rar). Die AL Bern hat in den letzten Jahren immer wieder auf diese Missstände hingewiesen.

Aufgrund dieser seit nun 18 Jahren andauernden unbefriedigenden Situation ist denn auch nicht verwunderlich, wenn (nicht nur) die Reitschule, in der auch von sonstigen Missständen erschütterten Kantonspolizei keinen verlässlichen und zumutbaren Partner in Sicherheitsfragen sieht. Im Gegenteil: Die Kantonspolizei in ihrer aktuellen Verfassung ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.

Die unhaltbaren Zustände in der Kantonspolizei und in ihrem Verhalten im Raum Schützenmatte und in der Stadt Bern sind breit dokumentiert:

- Die Reitschule Bern hat 2012/2013 eine Copwatch-Seite eingerichtet, um die Geschehnisse vor ihren Toren zu dokumentieren:
<http://www.reitschule.ch/reitschule/mediengruppe/Copwatch/>
- Die Menschenrechtsorganisation augenaufl thematisiert im kürzlich erschienen 20-Jahre-Jubiläumsbuch "Dem einfach etwas entgegensetzen" im Bern-Teil u.a. auch die Konflikte mit "Krokus": <http://augenaufl.ch/aktivitaeten/151-augenaufl-jubilaumsbuch-dem-einfach-etwas-entgegensetzen.html>
- Die Wochenzeitung WoZ hat in den letzten Jahren immer wieder Artikel zu den Missständen in der Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft publiziert:
<http://www.woz.ch/archiv/kantonspolizei%20bern>
- Die AL Bern reichte im Stadtrat mehrere Vorstösse ein: <http://www.al-be.ch/index.php?stadtrat-bern>

Aufgrund dieser Erkenntnisse liegt es nahe, dass die Kantonspolizei - was die Reitschule betrifft - meist parteiisch agiert, ihre eigenen Interessen und nicht allgemeine Sicherheitsinteressen durchsetzen will. Deshalb ist gegenüber ihren Angaben und Aktionen eine gewisse Vorsicht angebracht. Das betrifft sowohl einfache Polizist_innen, als auch Kadernmenschen wie Regionalpolizeichef Manuel Willi oder Polizeikommandant Stefan Blättler, politisch Verantwortliche wie Sicherheitsdirektor Reto Nause oder Regierungsrat Hans-Jürg Käser oder die beiden Polizeigewerkschaften VSPB und PVBK. „Polizei macht Politik“ ist nicht einfach ein Slogan, sondern - nicht nur was die Reitschule betrifft - fragwürdige Realität.

Prominentestes Beispiel für das parteiische Agitieren von Polizei (und Staatsanwaltschaft) sind wohl die Razzien in linken Hausprojekten nach dem Farbanschlag auf den Waisenhauspolizeiposten vom Februar 2015 (samt der von Reto Nause angeführten tendenziösen „Linksterrorismus“-Debatte), die aufgrund der skandalösen Umstände zum Teil Gegenstand von ausserkantonalen Untersuchungen geworden sind.

Freitag: Mysteriöse Polizeiaktion auf der Schützenmatte

So ist denn auch die „präventive Aktion“ vom Freitag, die mittelbar die Ereignisse vom Samstag mit auslöste, ein Ausdruck dieser fragwürdigen Politik. Niemand hat darum gebeten, schon gar nicht die

äusserst kurzfristig darüber informierte Reitschule, die gar nicht glücklich darüber war. Dutzende Polizist_innen in Vollmonturen vermögen kaum ein Sicherheitsgefühl zu vermitteln. Und: Da Klau + Gewalt vor allem lange nach Mitternacht stattfinden (und nicht unbedingt bei der Schützenmatte, sondern vor allem im Umfeld Bollwerk, Richtung Länggasse etc. bis Altstadt und Bern-Nord), ist es schon ein bisschen merkwürdig, wenn die „Prävention“ schon um 18.00 Uhr auf der Schützenmatte steht. Wollte die Polizeiführung damit ein „Gefahrengebiet“ wie in Berlin oder Hamburg einrichten, wo willkürlich anlasslose Kontrollen stattfinden? Wollte sie vorsätzlich oder grobfahrlässig Ausschreitungen provozieren? Die Reitschule hat souverän reagiert, den Vorplatz abgesperrt und die Gäst_innen gebeten sich drinnen aufzuhalten. Die Kommunikationsversuche zur Polizei per Kontakttelefon waren nicht befriedigend. Eine kleine spontane Protestdemo hielt sich - nicht nur aufgrund des massiven Polizeiaufgebots - zurück.

Die Reitschule hatte in den Tagen zuvor informiert ihre internen Sicherheitsmassnahmen gegen Klau + Gewalt zu erhöhen, im ebenfalls kurz zuvor publizierten polizeilichen „Sicherheitsgefühl“-Bericht ist die Reitschule nur im Umfrage-Anhang erwähnt. Was also sollte diese merkwürdige Polizeiaktion am Freitag? Wer hat sie angeordnet?

Samstag: Rausch der Revolte und Masslosigkeit hüben wie drüben

Aufgestachelt durch den freitägliche Provokation haben sich am Samstag wohl wieder mal ein paar „Held_innen“ dazu animiert gefühlt, die Reitschule zu „verteidigen“. Ob dies nötig und vor allem ob die Reitschule selbst dies überhaupt wollte, interessierte dabei nicht. Wie so oft in den letzten ca. 15 Jahren galt es, den samstagabendlichen Rausch der Revolte zu befriedigen und mittels einer Barrikade diejenige Polizeipräsenz anzuziehen, die mensch angeblich ablehnt. Das daraufhin merkwürdig schnell anrückende Polizeigrossaufgebot lässt vermuten, dass auch im Waisenhauspolizeiposten einige Leute damit rechneten, dass der Einsatz vom Freitag nicht ohne Reaktion bleiben wird.

Während die Barrikaden-Kämpfenden und einige Leute auf dem Dach der Grossen Halle ihr Arsenal warfen und abfeuerten, setzte die Polizei u.a. Gummischrot ein und verletzte - nicht zum ersten Mal - mit Gummigeschossen auf Kopfhöhe unbeteiligte Reitschule-Gäst_innen und Passant_innen auf dem Vorplatz.

Doch war dieser Polizeieinsatz überhaupt nötig? Es gab in der Vergangenheit immer wieder solche „Barrikaden-Vorfälle“ und die effizienteste Polizeitaktik war dabei eigentlich immer Nichtbeachtung. Sprich: Gar nicht erst auf die Provokation einzusteigen und keinen Einsatz zu machen. In solchen Fällen zogen sich die meisten Möchtegern-Barrikaden-Kämpfer_innen nach etwa zwei Stunden ermüdet und ziemlich frustriert zurück.

Wie weiter?

Die Alternative Linke fordert den Gemeinderat auf, Grösse zu zeigen und die Sanktionen, welche er in einem emotionalen Schnellschuss gefällt hat, zurückzunehmen. Solche Kurzschlusshandlungen ohne vorgängige ausführliche Analyse der Sachlage, welche primär dazu dienen bürgerliche Kritiker_innen zu beruhigen, dürfen nicht legal werden.

Auch bei der KaPo gibt es einiges zu tun:

Die Polizeiführung inklusive dem politischen Verantwortlichen deckt passiv und aktiv Übergriffe auf die Zivilbevölkerung und eine kritische Selbstreflexion ihres Handelns und dem Umgang mit der Macht, die die Polizei durch ihre Aufgabe nun mal hat, findet selten (wahrnehmbar) statt. Juristisch haben Polizist_innen meistens nichts zu befürchten, ausser eine mutige Polizeiaspirantin sagt - wie kürzlich - gegen ihre Kolleg_innen aus. Es gibt zwar die verwaltungsrechtlichen Beschwerdemöglichkeiten, da aber in der Regel die Polizeibehörden und/oder deren politischen Vorgesetzten darauf antworten, sind diese nur mässig erfolgreich.

Der städtische Ombudsmann beschäftigte sich bis 2008, dem Jahr, in welchem die Stadtpolizei mit der Kantonspolizei fusionierte, in 9-15% der Fälle mit der Polizei und hatte auch Akteneinsichtsrecht. Auch das städtische Parlament hatte Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Das bürgerliche Kantonsparlament weigerte sich wiederholt, eine kantonale Ombudsstelle einzurichten. Dies führt in einem gewissen Masse zu einem „rechtsfreien Raum“ bei der Überprüfung der Handlungen der Kantonspolizei und den Möglichkeiten der Bürger_innen sich gegen polizeiliches Handeln zu wehren. Die bürgerlichen Politiker_innen tragen durch die Verweigerung der Ombudsstelle Mitverantwortung daran, dass es in der Wahrnehmung einzelner Bürger_innen fast nur eine Möglichkeit gibt, der empfundenen Polizei-Willkür etwas entgegenzusetzen: Steine und Feuerwerkskörper werfen. Da stimmt offensichtlich etwas mit dem System nicht und die Forderung nach der sofortigen Einführung einer Ombudsstelle bzw. einer Rückkehr zur Stadtpolizei soll hier wiederum deponiert werden.

Auch die Steinewerfer_innen und Feuerwerkskörperwerfer_innen sollten sich hinterfragen und sich überlegen, wessen Zudiener_innen sie mit ihrem Handeln schlussendlich sind. Die AL Bern verurteilt Gewalt gegen Lebewesen und plädiert für gewaltfreie Protestarten. Der Kreativität ist diesbezüglich kaum eine Grenze gesetzt.

P.S.: Die Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule Bern (IKuR) kann dieses Jahr ihren 30. Geburtstag feiern. Wir gratulieren. Sie ist und bleibt das beste Pferd im Stall.